



# Nachrichten und Informationen

Berlin, den 31. Januar 2008

## ASG-Rundbrief

An die  
Landes- und Bezirksvorsitzenden der ASG  
Mitglieder des Bundesausschusses der ASG  
Mitglieder des Bundesvorstandes der ASG  
Gesundheitsministerinnen und -minister der A-Länder  
Staatssekretärinnen und -sekretäre in den Gesundheitsministerien  
der A-Länder  
Gesundheitspolitische Sprecherinnen und Sprecher der  
SPD-Landtagsfraktionen und der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit den besten Wünschen für ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2008 will ich diesen Rundbrief beginnen. Diese guten Wünsche gelten für Euch, aber auch für alle Mitstreiter und Mitstreiterinnen in unseren Arbeitsgemeinschaften.

Ich verbinde die Wünsche gerne mit einem herzlichen Dank für die konstruktive und kreative Zusammenarbeit im Jahr 2007. Vieles haben wir auf den Weg gebracht, manches erreicht, einige Enttäuschungen mussten wir auch hinnehmen.

Auch mit diesem Rundbrief will ich aus der Arbeit des Bundesvorstandes und auch des Bundesausschusses berichten und Euch gleichzeitig animieren, unser Büro im Willy-Brandt-Haus über Eure Aktivitäten, Ziele und Projekte zu informieren, damit wir diese multiplizieren können.

## I. Zur aktuellen Lage

Im Rundbrief vom August letzten Jahres hatte ich Euch über unsere damals aktuellen Vorhaben informiert:

- Positionierungen und Einflussnahme zum neuen **Grundsatzprogramm** unserer Partei und zur Pflegeversicherungsreform
- Begleitung der **Umsetzung der Gesundheitsreform** und
- Initiativen zur **Zukunft der Krankenhausversorgung**.

Daran haben wir weiter gearbeitet.

1. Unser neues Grundsatzprogramm wurde im Oktober 2007 verabschiedet. Es ist m. E. auf der Höhe der Zeit und ergreift auch – **eindeutiger** wie in vorangegangenen Entwürfen – Partei.

Der Bundesvorstand der ASG hat in allen Phasen der Programmarbeit, sogar noch mit konkreten Änderungsanträgen bei der Schlussabstimmung des Parteitages in Hamburg, durch Initiativen und Formulierungsvorschläge Einfluss genommen. Gemessen an den Einwirkungsmöglichkeiten überhaupt sind wir mit dem Ergebnis zufrieden:

- **Gesundheit** ist im Grundsatzprogramm weiterhin als „**öffentliche Aufgabe**“ definiert,
- **Ziel** unserer Gesundheitspolitik ist u. a. auch, Maßnahmen **gegen die ungleichen Gesundheitschancen** in unserer Gesellschaft auf den Weg zu bringen und
- wir halten an der **solidarischen Finanzierung** unseres Gesundheitswesens mit dem Ziel einer **Bürgerversicherung** fest.

Nun ist es wichtig, dieses **Grundsatzprogramm** mit Leben zu füllen. Unsere umfassenden Vorlagen zum Programmwurf, die Euch alle vorliegen, bzw. Ihr auch nochmals bei unserem Büro im Willy-Brandt-Haus anfordern könnt, können dabei hilfreich sein.

Damit könnt Ihr Euch in die Programmarbeit auf Landesebene (z. B. Landeswahlprogramme) einbringen. An zentralen Projekten müssen wir jetzt unsere generellen Ziele verdeutlichen.

Deshalb waren wir im Bundesvorstand und im Bundesausschuss auch sehr froh, dass unser Antrag „**Familie und Gesundheit**“ und damit die Problematik unterschiedlicher Gesundheitschancen in unserer Gesellschaft ohne inhaltliche Korrekturen vom Parteitag einstimmig angenommen wurde (s. Anlage).

Jetzt müssen wir auf Bundesebene, aber auch in den Regionen, mit konkreten Initiativen die Intentionen dieses Antrages im politischen Alltag umsetzen.

Der SPD-Bundesvorstand hat vor diesem Hintergrund die ASG bereits zur Mitwirkung in der **Arbeitsgruppe „Gleiche Lebenschancen für jedes Kind – Kinderarmut bekämpfen“** eingeladen. Dort bringen wir derzeit unsere diesbezüglichen gesundheitspolitischen Anliegen ein (s. Anlage – Zwischenbericht PV Jahresauftakttagung und meine Ergänzungen).

Es wäre gut, wenn die ASG in möglichst vielen Regionen mit möglichst vielen diesbezüglichen Initiativen und Aktionen zukünftig auffallen würde.

2. Wie bereits im letzten Rundbrief dargestellt, sind wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur **Reform der Pflegeversicherung** weitgehend einverstanden. Wesentliche ASG-Forderungen (s. die Beschlüsse unserer letzten beiden Bundeskonferenzen) wurden im Gesetzentwurf aufgegriffen, auf manches konnten wir im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch einwirken. Die Landesvorsitzenden wurden per Mail mit allen Materialien versorgt.

Aus beiliegendem **Beschluss des ASG-Bundesausschusses**, den wir nach einer Expertenanhörung fassten, könnt Ihr unsere noch aktuellen Positionen hierzu ersehen (s. Anlage und aktuelle Presseerklärung).

Auf unsere Initiative hin hat sich auch der Bundesparteitag mit der Pflegereform beschäftigt und Ulla Schmidt Rückendeckung gegeben.

Jetzt gilt es, unsere Positionen und die guten Gesetzesvorschläge in der Öffentlichkeit offensiv zu vertreten und die pflegefeindliche Positionierung der CDU zu entlarven.

Die **Pflegereform** eignet sich nach wie vor sehr gut für öffentlichkeitswirksame **zielgruppenspezifische Veranstaltungen** der ASG, ggf. gemeinsam mit Pflege- und Sozialverbänden. Pflege ist kein Minderheitenthema und mit den positiven Pflegereformabsichten unserer Partei können wir sozialpolitische Kompetenz demonstrieren.

Ergreift bitte die Initiative und begleitet den Gesetzgebungsprozess (siehe Ablaufplan). Jetzt ist das Thema noch aktuell!

3. Auch die Umsetzung der **Gesundheitsreform** begleiten wir weiter.

3.1 Gemeinsam mit dem „Netzwerk Gesundheit“ (DGB u. a.) haben wir im Sommer 07 ein Forum zu den **Perspektiven der Wahltarife** und dem **Morbi-RSA** durchgeführt.

Die Positionen waren eindeutig: Ohne tatsächlich ausgleichenden Morbi-RSA kann es keinen Gesundheitsfond mit kassenindividuellen Zusatzbeiträgen geben und Wahltarife sollten mit besonderer Vorsicht eingeführt werden. Sie passen nicht in ein solidarisch finanziertes Gesundheitssystem.

Nach einem Expertengespräch in der letzten Bundesvorstandssitzung müssen wir hinzufügen: Der „neue Morbi-RSA“ darf auch nicht die Disease-Management-Programme und damit die verbesserte Versorgung chronisch Kranker gefährden.

3.2 Mit einem **Expertenworkshop** haben wir auf die qualifizierte **Umsetzung** der neuen gesetzlichen Vorschriften bezüglich der **Einführung der „Spezialisierten ambulanten Palliativversorgung“ (SAPV)** hingewirkt. Wir hoffen, wir können damit einen unsinnigen Wettbewerb mit todkranken Menschen verhindern und den Weg für echte Palliativ-Care-Teams ebnen. Wachsamkeit bleibt geboten, weil auch in diesem Versorgungsfeld „eigensüchtige Begehrlichkeiten“ nicht auszuschließen sind.

4. Im Jahr 2008 werden in allen Bundesländern **Initiativen** in der **Krankenhauspolitik** zu erwarten sein.

Es geht um die endgültige und komplette Einführung der DRGs, um die Krankenhausfinanzierung (monistische oder duale Finanzierung), aber auch um Existenzsicherung, Strukturwandel, Privatisierung usw.

Mit einem Fachvortrag im Bundesvorstand und einem Expertenforum mit DGB, CDA usw. bereiten wir uns derzeit auf diese Debatte vor.

Im Laufe der nächsten Monate werden wir Euch hierzu eine Orientierungshilfe zukommen lassen und auch eindeutige SPD-Positionen herausarbeiten.

Auf dem nächsten Hauptstadtkongress im Juni 2008 werde ich unsere Positionen in einer diesbzgl. Podiumsdiskussion vertreten. Es wäre sehr hilfreich, wenn Ihr uns mit aktuellen Positionspapieren aus den zuständigen Landesministerien und ggf. auch Fachorganisationen versorgen könntet.

## II: Zur weiteren Arbeit

**Präventionsgesetz**, die Zukunft der **Selbstverwaltung** im Gesundheitswesen und unsere Vorbereitung auf den nahenden **Bundestagswahlkampf** im Jahre 2009 werden in diesem Jahr, neben der Fortsetzung unserer Arbeit an den begonnenen Projekten, unsere Aktivitäten bestimmen:

1. Ulla Schmidt hat den Entwurf für ein **Präventionsgesetz** vorgelegt. Damit sind sicher viele Akteure in der Präventionsarbeit einverstanden, manche auch nicht.

Käme es nun endlich zu einem eigenständigen Präventionsgesetz, würde damit die gesundheitliche Prävention als so genannte **5. Säule** unseres **Systems der sozialen Sicherheit** etabliert. Sicher noch unzureichend, aber ein **erster** und damit **wichtiger Schritt**.

Bereits hier blockiert die Union.

Jetzt ist es notwendig, wenigstens diesen ersten Schritt voranzutreiben und gleichzeitig unsere **sozialdemokratische Perspektive** von einem „**gesunden Leben in einem vorsorgenden Sozialstaat**“ zu entwerfen und zu vermitteln.

Der in unserem neuen Grundsatzprogramm etablierte „vorsorgende Sozialstaat“ gibt geradezu den Auftrag, gesundheitliche Prävention umfassend zu denken und zu entwickeln.

Der Bundesvorstand der ASG wird in Verbindung mit seiner Sitzung Ende Februar / Anfang März 2008 ein Expertenforum hierzu durchführen und darauf aufbauend unsere ASG-Konzepte und Forderungen vorlegen. Die Landesverbände der ASG in NRW und RLP haben eine entsprechende Zuarbeit zugesagt. Auch alle anderen Gliederungen sind um Mitwirkung gebeten. Spätestens in der nächsten Bundesausschuss-Sitzung im Juni 2008 werden wir uns hierzu abschließend positionieren.

2. Seit der letzten Gesundheitsreform ist die **Zukunft der „Selbstverwaltung im Gesundheitswesen“** im Gespräch. Es geht um ihre Abschaffung oder Erneuerung. Dass alles so bleiben kann, wie in den letzten Jahren entwickelt, bezweifeln viele. Wir haben deshalb eine kleine Expertengruppe unter Leitung von Heinz Stapf-Finé (ASG Berlin) gebeten, eine ASG-Positionierung vorzubereiten.

In der nächsten Vorstandssitzung werden wir hierzu ein Diskussionspapier verabschieden und Euch zuleiten. Es ist dann wichtig, mit engagierten „Selbstverwaltern“ hierüber zu diskutieren und die Umsetzbarkeit unserer Vorschläge zu testen. Könnt Ihr uns entsprechende Kontaktpersonen aus den Regionen, die in der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens tätig sind, benennen? Wir wären Euch dankbar.

Wir werden auch die nächste Bundesausschusssitzung im Juni 2008 mit diesem Thema befassen.

Ende April 2008 vertrete ich unsere diesbezgl. Positionen bei einem Expertenforum der FES.

Auch deshalb bitten wir Euch um entsprechende Vorbereitung.

3. Am **15. November 2008** wird die nächste ordentliche **Bundesdelegiertenkonferenz** unserer Arbeitsgemeinschaft stattfinden. Es wird Vorstandswahlen geben und sicher wird die **gesundheitspolitische**

**Positionierung im Vorfeld des Wahljahres 2009** im Mittelpunkt der Konferenz stehen.

Mit der nächsten Bundeskonferenz werden wir dann auch endgültig und komplett die **neuen Richtlinien des Parteivorstandes** für die Arbeitsgemeinschaften praktizieren. Für uns besonders wichtig:

- die **Bundeskonferenz** bleibt mit 100 Delegierten besetzt,
- der Bundesausschuss umfasst zukünftig 30 Delegierte aus den Ländern(Verteilung s. Anlage) und tagt zukünftig 2 x im Jahr,
- bezüglich des **Bundesvorstandes** müssen wir zu Beginn der nächsten Bundeskonferenz festlegen, wie viele Beisitzer wir wählen wollen (mindestens 4 und höchstens 7),
- der Bundesausschuss wird zukünftig auch vom Bundesvorstand der ASG einberufen und geleitet.

Ich hoffe, auch dieser Rundbrief enthält wieder einige interessante Informationen mit Anregungen für Eure Arbeit.

In gleicher Weise sind wir an aktuellen Entwicklungen aus Eurer Tätigkeit interessiert.

In diesem Sinne ein herzliches Glückauf für 2008

Euer Armin Lang